Baden-Württemberg

Tendenzen zur IT-Zentralisierung

[06.07.2015] Die öffentliche IT in Baden-Württemberg ist in Bewegung. Ein neuer Landes-CIO hat sein Amt angetreten, ein IT-Dienstleister für die Landesbehörden ist gegründet. Nun sollen auch noch die kommunalen Rechenzentren fusionieren.

Mit einem Festakt in Stuttgart wurde am vergangenen Freitag (3. Juli 2015) der neue Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnologie in sein Amt eingeführt. Der IT-Fachmann Stefan Krebs verantwortet nun im Rang eines Ministerialdirektors die strategische Planung und Weiterentwicklung der Landes-IT (wir berichteten). Zudem wurde die Gründung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) gefeiert. Die Behörde soll als Landesrechenzentrum die Landes-IT betreiben und Fachverfahren pflegen und entwickeln (wir berichteten).
Im Rahmen der IT-Neuordnung soll die IT der gesamten Landesverwaltung nach und nach in der BITBW gebündelt werden. Präsident der neuen Behörde ist Christian Leinert, bisher Leiter des Informatikzentrums Landesverwaltung Baden-Württemberg. Innenminister Reinhold Gall wertete beim Festakt die gleichzeitige CIO-Einsetzung und Behördengründung „als deutliches Zeichen, dass die IT-Neuordnung in der Landesverwaltung an Fahrt aufnimmt“. Der Minister gab sich zuversichtlich: „Mit Stefan Krebs als Landes-CIO und der BITBW unter der Leitung von Präsident Christian Leinert sehe ich uns bestens gerüstet, das Großprojekt IT-Neuordnung erfolgreich zu meistern.“

Fusion kommunaler Rechenzentren

In Fahrt ist auch ein anderes Großprojekt zur IT-Neuordnung: Die im DV-Verbund Baden-Württemberg organisierten kommunalen Rechenzentren stehen kurz vor einer Fusion. Die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) und die drei regionalen Rechenzentren verhandeln bereits seit mehreren Monaten über einen Zusammenschluss. Aus DZBW und Kommunaler Datenverarbeitung und Rechenzentrum der Region Stuttgart (KDRS/RZRS), Kommunaler Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) und Kommunaler Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) soll ein gemeinsamer IT-Dienstleister für die baden-württembergischen Kommunen entstehen.
Die Vorarbeiten dazu sind nach Informationen von Kommune21 bereits in vollem Gang. Gemeinsam mit einem externen Beratungsunternehmen wird derzeit ein Fusionskonzept entwickelt. Koordiniert wird das Projekt von einem Lenkungsausschuss, in dem Vertreter der Zweckverbände, der DZBW, der Stadt Stuttgart, des Landes und der kommunalen Spitzenverbände sitzen. Noch im Juli soll eine Vorlage erarbeitet werden, die Ende 2015 auf den Verbandsversammlungen beraten und verabschiedet werden soll. Im Jahr 2016 könnte dann die Fusion vollzogen werden.
Die Fusion der vier IT-Dienstleister wird bislang unbemerkt von der Öffentlichkeit vorangetrieben. Immerhin wurden die Mitarbeiter bereits über die Pläne informiert. Ihnen wurde versichert, dass alle Standorte erhalten bleiben, auch eine Beschäftigungsgarantie gibt es. Noch offen ist, wer die Leitung des neuen kommunalen IT-Dienstleisters übernehmen soll.

(al)

Stichwörter: Politik, Baden-Württemberg